



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster, Dr. Herbert Kränzlein, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Susann Biedefeld, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Dr. Linus Förster, Martin Güll, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Günther Knoblauch, Andreas Lotte, Ruth Müller, Hans-Ulrich Pfaffmann, Florian Ritter, Georg Rosenthal, Reinhold Strobl, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Dr. Paul Wengert, Johanna Werner-Muggendorfer, Margit Wild, Herbert Woerlein SPD**

Haushaltsplan 2017/2018;

hier: Justizvollzugsanstalten:

**40 neue Planstellen für Krankenpfleger, Krankenschwestern
in den Justizvollzugsanstalten
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Kap. 04 05 (Justizvollzugsanstalten) werden im Stellenplan im Tit. 422 01 (Planmäßige Beamte) im Jahr 2017 und im Jahr 2018 40 Planstellen für Krankenpfleger, Krankenschwestern der BesGr. A 7 neu ausgebracht.

Infolge der neuen Planstellen erhöht sich die Stellenzahl der BesGr. A 7 (Krankenpfleger, Krankenschwestern) in den Haushaltsjahren 2017 und 2018 jeweils von 40 auf 80 Planstellen.

Die neu ausgebrachten Planstellen sind abweichend von Art. 6 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzentwurfs Haushaltsgesetz 2017/2018 zum 1. Oktober 2017 besetzbar.

Zur Finanzierung der neuen Planstellen werden im Kap. 04 05 im Tit. 422 01 (Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter) der Ansatz im Haushaltsjahr 2017 von 203.997,6 Tsd. Euro um 301,2 Tsd. Euro auf 204.298,8 Tsd. Euro und im Haushaltsjahr 2018 von 207.931,3 Tsd. Euro um 1.205,0 Tsd. Euro auf 209.136,3 Tsd. Euro erhöht.

Begründung:

Um die medizinische Versorgung der Gefangenen zu gewährleisten, ist eine personelle Aufstockung des Krankenpflegedienstes erforderlich. Immer mehr Gefangene haben Suchtprobleme und bedürfen einer krankenpflegerischen Betreuung. Der demografische Wandel hat auch Auswirkungen auf die altersmäßige Struktur der Gefangenen. Sie sind zunehmend älter und ältere Gefangene bedürfen mehr medizinischer Betreuung und Pflege. Zudem ist der Gesundheitszustand mancher straffällig gewordener Flüchtlinge schlecht.